

Papier zur Islam-Diskussion

von Wolfgang Gedeon (siehe auch www.wgmeister.de)

1. Islam-Thesen (19. / 20. April 2016)
2. Kommentar zur Islamdiskussion in der Partei (26. April 2016)
3. Weitere Thesen zur Ergänzung und Vertiefung des Themas (4. Mai 2016 - nach dem Stuttgarter BPT)

I. Islam-Thesen

(am 20. 4. 2016 der Fraktion zur Diskussion vorgelegt)

1. Islam und Christentum sind mit Blick auf das Gottes- und Menschenbild zwei grundverschiedene, ja ausgesprochen gegensätzliche Religionen. Im Christentum wird der Mensch in die Göttlichkeit einbezogen („Menschwerdung Gottes“), im Islam gilt dies als Sprengung der Einheit Gottes, subjektiv sogar als „Gotteslästerung“. Hier wird der Mensch explizit aus der Göttlichkeit ausgeschlossen.
2. Das Christentum hat die Entwicklung und Identität des europäischen Kulturkreises, der Islam die Entwicklung und Identität des islamischen Kulturkreises (Orient und Nordafrika) vom Innersten her geprägt.
3. Die Grundverschiedenheit der geistigen Fundamente hat dazu geführt, dass es zwischen europäischem und islamischem Kulturkreis nur kurze Phasen des Friedens und der Harmonie, aber lange Phasen der Auseinandersetzung und des Krieges gab.
4. Aus kultur-christlicher Sicht ist der Islam eine archaische, historisch überlebte Religion mit einem sklavischen Menschenbild. Aus islamischer Sicht ist das Christentum ein Abfall vom wahren Ein-Gott-Glauben und ein Rückfall ins polytheistische Heidentum.
5. Der Islam ist eine reine „Vater“-Religion. Es gibt keinen göttlichen Sohn (den „Menschensohn“). Das Patriarchat ist im Islam theologisch und damit wesentlich verankert. Während also der Islam nicht entpatriarchalisiert werden kann, ohne seinen theologischen Wesenskern aufzugeben, wird im Christentum das patriarchalische Element durch den „Sohn Gottes“, den „Christus“ schon theologisch grundsätzlich relativiert. Da religionssoziologisch im Verständnis unserer Gesellschaft Reformierbarkeit immer mit einer Relativierung des patriarchalen Elements verbunden ist, ist ein sog. *Reformislam* eine theologische Fiktion, wenn nicht eine gezielte Täuschung.
6. Der Islam ist erst einmal eine *Religion* und keine politische *Ideologie*. Da er allerdings die (irdische) Herrschaft, sozusagen den globalen Endsieg des Islam als entscheidende Voraussetzung für den Beginn des göttlichen Reiches betrachtet, sieht er eine Trennung von Religion und Politik schon in seinem religiösen Kern von vornherein nicht vor und kann deshalb leichter als andere Religionen in eine primär politische Ideologie umgewandelt werden. Im Gegensatz dazu heißt es im Christentum ganz eindeutig: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist“, und weiter: „Mein Reich (das Reich Christi) ist nicht von dieser Welt“.
7. Wenn der Islam als politische Ideologie praktiziert und gelebt wird, sollte man besser statt von „Islam“ von „Islamismus“ sprechen. Sicherlich gibt es in der Theorie und auch in der politischen Praxis fließende Übergänge zwischen Islamismus und Islam, und Mohammed, der Religionsstifter, war selbst ein blutiger Kriegsherr, der eine aggressiv-expansionistische und

gegenüber seinen Feinden brutal-grausame Politik betrieb; siehe zum Beispiel das Massaker von Yathrib im Jahr 624.

8. Dennoch sollte man in der Praxis, d. h. in der Politik, die Begriffe *Islam* und *Islamismus* trennen. Denn der Islam *kann* auch unpolitisch, d. h. als reine Religion gelebt werden – und das tun in der Tat viele Menschen, die wir als Moslems wahrnehmen. Für diese gelten unbestritten Gesinnungs- und Religionsfreiheit im Sinne unseres Grundgesetzes.
9. Mit Sätzen wie „Der Islam ist verfassungsfeindlich“ oder gar „Der Islam ist eine verfassungsfeindliche Ideologie“ verzichtet man bewusst auf den begrifflichen Unterschied zwischen Islamismus und Islam. Dies widerspricht meines Erachtens dem Grundgesetz, und man tut damit den Moslems, die den Islam unpolitisch, d. h. rein religiös leben, Unrecht; ja man drängt sie in die Arme der Islamisten. Das ist auch politisch falsch, weil so die notwendige Einheitsfront gegen den Islamismus und die Islamisten geschwächt wird.
10. Von seinem theologischen Grundkonzept her und auch historisch gesehen ist der Islam uneuropäisch und vielfach ausgesprochen antieuropäisch. Von daher sind Aussagen wie, der Islam sei ein „Fremdkörper in Europa“ zutreffend. Konkret bedeutet das beispielsweise, dass eine Million Polen in Deutschland leichter integrierbar sind als 1000 muslimische Afghanen und 10 Millionen Dänen leichter als 100 muslimische Nordafrikaner.
11. Der Islam erschwert also die Integration von fremden Menschen in Europa und kann hier als Risikofaktor für das Gelingen von Integration und als Begünstigungsfaktor für die Generierung von Parallelgesellschaften angesehen werden.
12. Man muss natürlich zwischen politischem und dschihadistischem Islamismus unterscheiden. Beide haben eine Scharia-Diktatur als Ziel. Die einen setzen auf pseudodemokratische Täuschungsmanöver und Massenzuwanderung, die anderen auf direkte und sofortige Gewaltanwendung.
13. Der politische und zum Großteil auch der dschihadistische Islamismus werden vom Ausland gesteuert, im Wesentlichen von der Türkei und von Saudi-Arabien. Dieser außen- bzw. geopolitische Aspekt muss in unserer politischen Positionierung gegenüber dem Islam wesentlich mehr berücksichtigt werden. Derzeit wird hier, z. B. auch im Programmentwurf des Bundesvorstands, nur die innenpolitische Integrationsproblematik thematisiert. Wir müssen also den ausländischen, kulturimperialistischen Islam-Einfluss darstellen, vor allem den über DITIB, den türkischen Moscheen-Verband.
14. Insgesamt muss unsere Offensive gegen den Islamismus nicht gegen alle möglichen Kopftuch- und Burka-Trägerinnen mit Anhang gerichtet sein, sondern gegen diverse aggressive, immer wieder in den Medien auftauchende Islamlobbyisten und nicht zuletzt gegen deutsche Politiker, die gegenüber dem politischen Islamismus Appeasement-Politik betreiben und mit ihm oft direkt kollaborieren.
15. Neben der Entsouveränisierung und Unterwerfung Deutschlands durch die amerikanische Supermachtspolitik stellt der Islamismus in seiner politischen wie auch seiner dschihadistischen Variante die größte Bedrohung für den deutschen Staat und die deutsche Bevölkerung dar.

II. Kommentar zur innerparteilichen Diskussion

(26. April 2016)

Die jetzt vor der Programmverabschiedung ausgebrochene Islam-Diskussion zeigt, dass die Partei in den letzten drei Jahren gerade bei universalen fachübergreifenden Themen nicht im notwendigen

Maß die innerparteiliche Diskussion geführt hat. Selbst in den Fachausschüssen wurden diese Diskussionen nur ansatzweise geführt und auch nicht in die Parteiöffentlichkeit insgesamt hineingetragen – ein Versagen des Bundesvorstands, wobei sich hier nach dem Abgang Luckes nichts wesentlich geändert hat. Zum Inhalt:

Der Islam gehört nicht zu Europa. Das ist richtig: Der Islam ist ein Fremdkörper in Deutschland. Auch das ist richtig – ABER: Ich höre zu viel Emotionen in der Diskussion, gegen Kopftuch-, Burka-Trägerinnen usw., und ich höre zu wenig von Erdogan und seinem Religionsministerium in Ankara und noch weniger von der DITIB und ihrem subversiven Treiben in Deutschland.

Sicherlich sollen auch wir nicht auf – wohldosierte - Emotionen in der Politik verzichten, aber wir sollten uns die Grünen als abschreckendes Beispiel vor Augen halten, für deren Politik ein repressiver Emotionalismus das Markenzeichen ist.

Es geht um den politischen Islamismus, für den die islamische Massenzuwanderung zwar das wichtigste, aber nicht das einzige Instrument zur Machtergreifung in Europa ist. Mit der DITIB haben sich die türkischen Islamisten ein Netzwerk aufgebaut, mit dem sie schon jetzt massiv Einfluss auf die deutsche Politik nehmen; dies umso mehr, als diese die DITIB nicht nur nicht bekämpft, sondern systematisch fördert, indem sie ihr vom Kindergarten bis zur universitären Imam-Ausbildung einen politisch mitgestaltenden körperschaftsähnlichen Rechtsstatus zubilligt. Es ist hoch an der Zeit und in besonderer Weise die Aufgabe der AfD, diesen Staat im Staat – einen türkischen im deutschen – zu demaskieren und politisch zu entmachten!

Kampagnen gegen Burka und Kopftuch sind da nur begrenzt hilfreich und lenken von der tatsächlich notwendigen Politik ab. Für die Programmdiskussion spielt dies insofern eine Rolle, als mit einer emotionalisierten „Überradikalisierung“ der Islam-Frage eine „Unterradikalisierung“ der mindestens genau so wichtigen NATO-Frage korrespondiert. Man könnte unterstellen, dass gewisse NATO-affine Parteistrategen erstere taktisch nutzen, um letztere aus dem Blickfeld der innerparteilichen Diskussion zu nehmen. Das sehe übrigens nicht nur ich so, das sehen auch einige intelligente Analytiker der Gegenseite, z. B. Artikel in der WELT am 21.4.

III. Weitere Thesen zur Ergänzung und Vertiefung des Themas

(4.5. 2016 - nach dem Stuttgarter BPT)

16. Was ein **Bündnis mit Moslems** angeht, so kann es nur eines von unten, von der Basis her, nicht aber eines von oben, mit der Führungsriege der islamischen Religion sein. Im günstigsten Fall könnten wir davon ausgehen, dass uns in den bevorstehenden politischen Auseinandersetzungen ein Drittel der hier lebenden Moslems mehr oder weniger wohlwollend oder zumindest neutral begegnen, während uns voraussichtlich ein weiteres Drittel latent und ein letztes Drittel schließlich offen feindlich behandeln wird. Wenn wir aber die Linie *Der Islam ist keine Religion, sondern eine verfassungsfeindliche Ideologie* weiterfahren, werden wir an die 100 Prozent der Moslems gegen uns haben. Es ist politisch ein großer Unterschied, ob uns ein bis zwei Millionen Moslems irgendwie wohlgesonnen sind oder uns als ihre Feinde betrachten.
17. Im Hinblick auf das Christentum und die Christen gilt inzwischen leider das gleiche *Prinzip*, allerdings mit anderen *Zahlenverhältnissen*: Es ist politisch nur ein Bündnis von unten, aber keines mehr von oben zu erwarten. Kirchliche Würdenträger, die die Politik der AfD befürworten, dürften zur absoluten Ausnahme werden. Die Regel ist hier eine zum einen barmherzigkeitsideologische, zum anderen eine de facto proislamistische Haltung. An der

Basis sollten wir allerdings davon ausgehen, dass mindestens zwei Drittel der Christen bzw. christlich eingestellten Menschen in Europa für eine politische Emanzipationspolitik im Hinblick auf einen globalistischen Amerikanismus – in Westeuropa mehr als in Osteuropa – wie auch einen expansionistischen Islamismus – hier in Osteuropa mehr als in Westeuropa – zu gewinnen sind.

18. **„Der Islam gehört nicht zu Deutschland“**. Dieser Satz ist durch und durch richtig! Nur weil hier Moslems leben, gehört der Islam nicht zu Deutschland. Es leben ja auch Buddhisten und Kommunisten in Deutschland, aber keineswegs gehören deswegen der Buddhismus oder der Kommunismus zu Deutschland!
19. Das ist auch keine Frage der Quantität. Auch wenn wir demnächst statt vier hier 8 Millionen Moslems leben hätten, hieße das nicht, der Islam oder wenigstens die Moslems würden dann generell zu Deutschland gehören.
20. **„Die Moslems gehören zu Deutschland“**. Dieser Satz ist also falsch! Die Moslems gehören nicht zu Deutschland, nur weil sie hier wohnen! Nur diejenigen Moslems, die praktisch und theoretisch integrationswillig sind, d.h. die bereit sind, die deutsche Kultur als Leitkultur anzuerkennen und sich ihr anzupassen, gehören zu Deutschland. Diejenigen aber, die glauben, ihre Kultur einfach neben der deutsch-europäischen, also parallel zu dieser, entfalten zu können, die also Parallelstrukturen bis hin zur entfalteten Parallelgesellschaft entwickeln, gehören nicht nur nicht hierher. Sie stellen eine Gefahr für Deutschland und seine kulturelle Identität dar. Obiger Satz muss also richtig lauten: **„Hier lebende Moslems gehören zu Deutschland, wenn sie sich an die deutsche Kultur anpassen und diese als Leitkultur anerkennen.“**
21. **„Der Islam ist ein Fremdkörper in Deutschland und Europa“**. Auch dieser Satz, so hart er klingt, ist absolut richtig. Der Islam ist fremd im Sinne von kultur-fremd gemäß obiger Darstellung des kulturellen Grundunterschieds zwischen Islam und Christentum. Er ist darüber hinaus sozial-fremd in Europa, weil er hier nicht durch Konversion der Europäer zum Islam aufgekommen ist – solches müsste man im Sinne der Religionsfreiheit akzeptieren – sondern exogen entstanden ist, insofern er als religiöser Import von Nichteuropäern durch Massenzuwanderung systematisch eingeschleppt wurde.
22. Wir müssen in diesem Zusammenhang die demagogische Frage erwarten: „Was macht man mit Fremdkörpern?“ Man müsse sie doch „herausschneiden“? Müssen wir also die Moslems als Fremdkörper aus deutschem Fleisch herauschneiden? – Man muss nicht Arzt sein, um zu wissen, dass auch im menschlichen Körper Fremdkörper nicht gleich Fremdkörper bedeutet. Die Linsen von am grauen Star Operierten bestehen z. B. aus Acryl-Kunststoff, Hüftgelenksprothesen aus Titan oder ähnlichem Metall, Zahnkronen und anderer Zahnersatz aus Metallen oder Kunststoffen usw. – alles Fremdkörper, aber niemand will sie entfernen, obwohl es durchaus wünschenswert wäre, ohne Prothesen und fremdes Material auszukommen. Die Wirklichkeit sieht nun einmal anders aus, auch in der Gesellschaft. Aber wie es in der Medizin Fremdkörper wie Granatsplitter, Steckgeschosse ## und anderes gibt, was man unbedingt herauschneiden muss, um ein Weiterleben des Patienten zu sichern, so gibt es auch gesellschaftlich beim Islam-Problem solche Fremdkörper. Und wie in der Medizin gilt: Je ungesünder wir sind, desto mehr fremdes Material benötigen wir, so müssen wir uns auch politisch fragen lassen, wie weit wir unseren Anteil an unserem Kranksein mitzuverantworten haben. Wir müssen uns also fragen: Was haben wir falsch gemacht und was sollten wir künftig besser machen, um nicht noch mehr Fremdkörper in uns tolerieren zu müssen.
23. Bekanntlich gibt es auch das Phänomen, dass Körpereigenes durch bösartige Entwicklung zu Körperfremdem wird und zum Wohle des gesamten Körpers dann herausgeschnitten werden muss. Beispiele will ich mir hier ersparen.

24. Diverse meist linke Kritiker werden uns, wenn wir solche medizinischen Vergleiche ziehen, des Biologismus bezichtigen. Das ist insofern grotesk, als gerade diese Leute durch die Bank den Menschen darwinistisch als Affen betrachten und damit eine Ideologie vertreten, die in puncto *Biologismus* nicht mehr zu überbieten ist. Biologistischer als Darwinismus geht gar nicht mehr, Ihr linken Desperados! Lassen wir uns nicht beirren: Mit medizinischen und biologischen Vergleichen kann man im Einzelfall durchaus politische Probleme erklären und verdeutlichen.
25. „**Der Islam ist keine Religion, sondern eine Ideologie**“. Dieser Satz ist falsch! Es ist lächerlich, wenn ein paar deutsche und österreichische Politiker eine von einer Milliarde Menschen praktizierte Weltreligion einfach als Ideologie glauben abtun zu können. Darüber hinaus bleibt man uns hier eine präzise Definition schuldig, worin bei diesem Sprachgebrauch der spezifische Unterschied zwischen Religion und Ideologie besteht. Wenn man diese Begriffe einfach unerklärt und unpräzisiert in den Raum wirft, schafft man neue Missverständnisse anstatt alte zu beseitigen.
26. „**Der Islam ist verfassungsfeindlich**“. Auch dieser Satz ist falsch, zumindest in dieser Apodiktik. Richtig ist, dass der Islam verfassungsfeindlich und verfassungskompatibel gelebt werden kann. Richtig ist auch: Der Islam fördert insgesamt verfassungsfeindliches Denken, lässt in der Praxis aber verfassungskompatible Lebensweisen zu. Ansonsten müssten alle Moslems vom Verfassungsschutz beobachtet werden.
27. Auch andere Religionen, wie das Christentum und der Buddhismus, können verfassungsfeindlich gelebt werden. Sie fördern solche Einstellungen allerdings nicht, verhalten sich vielmehr verfassungsneutral, wie der Buddhismus, oder fördern verfassungsfreundliche Haltungen, wie das Christentum.
28. Insgesamt sollten wir in diesem Zusammenhang festhalten, dass nicht Verfassungstreue als solche, in einem nackten Ideenraum idealistisch inszeniert, alleiniger Maßstab unseres politischen Handelns sein darf. Vielmehr muss „Verfassungstreue“ immer im Kontext unserer christlich-abendländischen Wurzeln und Traditionen, also kulturkompatibel interpretiert werden. Wir sollten uns klarmachen, **dass Verfassungsprinzipien keine Evidenz per se haben, sondern immer konkret interpretiert werden müssen** – dafür haben wir unter anderem Gerichte bis hin zum Bundesverfassungsgericht – und gerade bei dieser Interpretation, das heißt bei den konkreten Schlussfolgerungen, die man aus der Verfassung zieht, spielt die kulturelle Kompatibilität eines Urteils eine herausragende Rolle. In diesem Sinn muss das idealistische Herangehen an die Verfassung (im Sinne Kants) dialektisch durch kulturelle Einbettung und entsprechend modifizierte Interpretation (im Sinne Hegels) ergänzt bzw. erweitert werden – eine notwendige Konsequenz unserer Forderung, den Kulturfaktor und das damit verbundene Kriterium kultureller Identität verstärkt in die politische Diskussion und in die Politik überhaupt einzuführen!